

Blick auf die zu schützenden Rechtsgüter zu planen und auch darauf zu beschränken.

Im Gesetzeswortlaut erfolgt die Beschränkung der Befugnis zu Befragungen durch die Formulierungen „Zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet ...“ und „... soweit auf Grund von Lagekenntnissen oder grenzpolizeilicher Erfahrung anzunehmen ist, ...“ Da grenzüberschreitende Kriminalität dynamisch stattfindet, das heißt Orte, Zeiten und Verkehrsmittel wechseln, sind hinreichend bestimmte, gleichwohl flexible polizeiliche Instrumentarien zur Verhinderung unerlaubter Einreisen und damit zur Bekämpfung von Schleusungskriminalität auch weiterhin erforderlich.

11. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Trifft es zu, dass es für die Bonner Teile der Bundesministerien keine Personalentwicklungspläne mehr gibt und es zukünftig auch keine mehr geben soll?
12. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Wenn nein, für welche Bundesministerien gibt es aktuell Personalentwicklungspläne für den Bonner Standort, bzw. in welchen sind solche geplant?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Christoph Bergner
vom 26. Oktober 2012**

Die Bundesministerien, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung haben keine gesonderten Personalentwicklungspläne für den Bonner Standort. Stattdessen gibt es in den Häusern Personalentwicklungskonzepte, die für die beiden Standorte Berlin und Bonn gleichermaßen gelten. Auf der Grundlage dieser Konzepte erfolgt die Personalentwicklung der Beschäftigten in Berlin und Bonn in gleicher Weise.

13. Abgeordneter
**Lars
Klingbeil**
(SPD) Welche Position nimmt die Bundesregierung im Hinblick auf die Änderungen in Artikel 1 § 27 Absatz 1 des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens hinsichtlich des Abbaus von Bürokratie für Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit und der gleichzeitigen Mehrbelastung der Standortgemeinden der Bundeswehr ein?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Christoph Bergner
vom 31. Oktober 2012**

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 21. September 2012 beschlossen hat, u. a. zu der in der